

Deutsche Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 5 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Sonntag Montag, 7./8. Januar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Frankreich zufrieden —
Beclin enttäuscht
Seite 2
Referendat beim Wehesport
Seite 3
Braune Presseemotional
Seite 4
Blödgestellter
Kolonialminister
Seite 7
Dalles bei der Reichsbahn
Seite 8

Zur Gegenrevolution in Österreich

Zum Staatsstreich reif?

Dub. London, 6. Jan. Die wachsende Juspizung der Lage in Österreich nimmt in der englischen Presse einen breiten Raum ein. Der Wiener Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, unparteiische Beobachter berichten, daß die Unzufriedenheit in den österreichischen Provinzen — hauptsächlich infolge des Daniederlegens der Fremdenindustrie — sich rasch einem Höhepunkt nähert. Der Berichterstatter will wissen, daß eine für den heutigen Samstag geplante große nationalsozialistische Kundgebung in Wien im letzten Augenblick abgelaßt worden sei, und folgert daraus, daß die Nationalsozialisten eine wichtige Veränderung in der Haltung der österreichischen Regierung erwarten.

In großer Aufmerksamkeit berichtet der sozialistische „Daily Herald“ seinen Lesern, daß Dollfuß insgeheim die gleichzeitige Unterdrückung sämtlicher Parteien mit Ausnahme der patriotischen Front und die Ausarbeitung einer Wahl vorbereite, an der nur die Kandidaten der patriotischen Front teilnehmen dürften.

Die politischen Verhältnisse in Österreich sind ebenso gespannt wie unklar. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungsparteien der Christlich-sozialen und den Heimwehren sind noch nicht abgetragener. Das Ultimatum, das die Heimwehren vor nur 3 Wochen an den Bundeskanzler Dollfuß gerichtet haben, ist wirkungslos geblieben. Die Heimwehführung forderte damals die tatsächliche Gleichhaltung der Länder, die Demission der beiden Staatssekretäre der „nationalständischen Front“, die Auslieferung der Beschlagnahme über Polizei und Bundesheer an die Heimwehr und personelle Veränderungen im Kabinett.

Der Bundeskanzler hat diese Forderungen einfach zur Kenntnis genommen und die Heimwehren haben sich äußerlich damit zufrieden gegeben. Ob inzwischen ein Ausgleich zwischen den beiden Regierungstruppen erfolgt ist, läßt sich nicht beurteilen. Die strenge Pressenzensur unterdrückt jede öffentliche Meinungsäußerung. Eine sind die streitenden Gruppen in dem Willen, die große Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu unterdrücken. Gegenüber sind sie in den geplanten Staats- und Wirtschaftsformen. Die Heimwehführer wollen einen „österreichischen Faschismus“, der sich stark an das italienische Vorbild anlehnt. Die Vertreter der Bauernschaft dagegen denken an eine autoritäre Demokratie. Gerade in diesen Tagen der Spannung wird der italienische Staats-

sekretär des Reichern Euzich in Wien eintreffen und großartig geleitet werden. Man verheimlicht nicht, daß sein Besuch hochpolitischen Charakter trägt.

Der österreichische Minister Dr. Ender, hat den neuen Verfassungsentwurf ausgearbeitet. Er sieht zwei Kammern und einen Staatsrat vor, der eine Art Oberhaus sein soll. Die Stellung der Regierung soll gegenüber diesen drei Körperschaften viel stärker sein, als gegenüber dem jetzigen Nationalrat. Das Wahlrecht soll bedeutend eingeschränkt werden, wahrscheinlich durch Erhöhung des Wahlalters und durch Mehrstimmen, die an die längere Sehabstigkeit, an höhere Steuerleistungen und an gewisse Stellungen im öffentlichen Leben gebunden sein soll.

Neben der politischen Umwälzung soll ein Umbau der Wirtschaftsverfassung auf föderativer Grundlage erfolgen. Ebenso wie auf dem politischen Gebiete ist auch hier eine weitgehende Entrechtung der beschlossenen Schichten geplant. Allerdings scheint man noch nicht den Schlüssel gefunden zu haben, der dies ermöglicht, ohne daß auch die christlichen Arbeiter ebenso rebellieren wie die sozialdemokratischen. Neuerdings besteht die Absicht, den vorherrschenden Einfluss der sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch zu brechen, daß man in den geplanten föderativen Vertretung allen politischen Fraktionen der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf die hinter ihnen stehende Mitgliederzahl die gleiche Anzahl von Vertretern zugestimmt. Da die sozialistischen Gewerkschaften alle andern Gruppen turmhohe überragen, würde die geplante schematische Regelung eine unerträgliche Entrechtung der sozialistischen Arbeiter bedeuten.

An eine verfassungsmäßige parlamentarische Verabschiedung solcher Pläne ist natürlich nicht zu denken. Die Regierung Dollfuß will sie dem Volke aufzwingen. Der jüngst veröffentlichte Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe war nicht nur als Stoß gegen die Nationalsozialisten gedacht, sondern auch als erhöhte Stärkung der Regierungsgewalt gegen links. Der österreichische Katholizismus erblickt in Dollfuß einen Vorbild zum christlichen Ständestaat im Geiste der im Jahre 1892 erlassenen päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“.

Der Austrosfaschismus geht weniger dramatisch vor, als sein wilder deutscher Bruder, aber er verfolgt seine Ziele mit Schläue und Zähigkeit.

Ein sozialistischer Plan

Belgiens Arbeiterpartei greift an

Von Joseph Saxe (Brüssel)

Die belgische Arbeiterpartei hat in den Weihnachtstagen im Brüsseler Volkshaus einen Kongress abgehalten, dessen Bedeutung weit über die eines gewöhnlichen Parteitag hinausreicht. Was dort beabsichtigt und beschlossen wurde, ist nichts mehr und nichts weniger als eine völlige Reorientierung der Politik und der Aktionsmethoden der belgischen Arbeiterpartei, ein entschlossener Versuch, aus den gewaltigen Ereignissen des letzten Jahres die richtigen Schlüsse für die politische Aktion zu ziehen und mit einem Schlage sowohl die moralische Krise des Sozialismus wie auch die allgemeine Wirtschaftskrise, die ihre tiefste Ursache ist, im Rahmen und innerhalb der Grenzen des belgischen Staates zu überwinden.

Die Partei beschließt

Der Kongress endete mit der fast einstimmigen und begeisterten Annahme der folgenden Entschlüsse:

Der in Brüssel zu Weihnachten 1933 tagende Parteitag der belgischen Arbeiterpartei beschließt:

In Erwägung, daß mit Rücksicht auf die andauernde Wirtschaftskrise der Kampf der Arbeiterbewegung für die Erweiterung der bisher errungenen Freiheiten und Reformen und selbst für die Aufrechterhaltung einer erträglichen Lebenshaltung nur dann zum Ziele führen kann, wenn er den Weg einer tiefgehenden Umgestaltung des gesamten Wirtschaftsaufbaues des Landes einschlägt;

In Erwägung, daß diese Umgestaltung, wenn sie erfolgreich sein soll, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ermöglichen muß, indem die Produktion und der Umlauf der Güter im Sinne einer Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung gelenkt werden, die der Entwicklung der Produktionsfähigkeit entspricht;

In Erwägung, daß das hauptsächlichste Hindernis dieser Entwicklung das private Monopol des Kreditwesens ist, das die gesamte Wirtschaftstätigkeit dem Einzelprofit unterordnet, anstatt der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesamtheit dienen;

In Erwägung, daß die Abhängigkeit, zu welcher diese Monopolmacht den Staat herabwürdigt, jede Bemühung hindert, die politische Demokratie in eine wirkliche, soziale und wirtschaftliche Demokratie zu verwandeln;

beschließt: der Aktion der belgischen Arbeiterpartei als Ziel zu setzen, die Verwirklichung eines Planes der wirtschaftlichen Umgestaltung, die gegründet ist auf die Sozialisierung des Kredits als entscheidendes Mittel einer im Sinne der Erweiterung der Kaufkraft der Massen planmäßig geregelten Wirtschaft, die allen Arbeit schaffen und den allgemeinen Wohlstand erhöhen soll.

Der Parteitag macht sich die Richtlinien dieses Planes zu eigen, die in dem ihm vorgelegten Dokument, genannt „Plan der Arbeit“, niedergelegt sind.

Der Parteitag beauftragt die Soziale Forschungsstelle, im Einvernehmen mit den leitenden Körperschaften der Partei, der Gewerkschaften, Genossenschaften und Krankenkassen mit der Ausarbeitung der Einzelmaßnahmen, die die Verwirklichung des Planes erfordert.

Der Parteitag appelliert nicht allein an die Arbeiterklasse, sondern an alle Klassen der Bevölkerung, die unter der gegenwärtigen Wirtschaftslage leiden, und an alle, die guten Willens sind, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens, sich einer gemeinsamen Aktion in diesem Sinne anzuschließen.

Der Parteitag erklärt, daß die Partei fest entschlossen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln den Kampf für die Eroberung der Macht mit dem Ziel der Verwirklichung dieses Planes aufnimmt.

Der Parteitag erklärt, daß die Partei keinerlei Beteiligung an einer Regierung in Aussicht nehmen wird, die nicht den Plan der Arbeit als unmittelbar durchzuführendes Programm annimmt, daß sie jedoch bereit ist, für die Eroberung und die Ausübung der Regierungsmacht die Unterstützung aller Gruppen anzunehmen, die sich dem Plan anschließen.

Hendrik de Man

Das Streben der belgischen Arbeiterpartei nach Sammlung und Reorientierung wurde durch einen glücklichen Zufall persönlicher Art begünstigt. Der bekannte sozialistische Theoretiker Hendrik de Man, der schon in

„Fanatisierte, böartige Staatsfeinde“

Katholische Priester kommen wegen einer heiligen Messe für hingerichtete Kommunisten in Schutzhaft — Nationalsozialistische „Teufelsbewegung“

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet:

Stuttgart, 3. Januar. (Via Draht.)

Die politische Polizei hat zwei katholische Geistliche festgenommen und in das Schutzhaftlager Lubberg gebracht. M. Schindlauer, die als Opfer gewissermaßen Verführer anzusehen sind, wurden gleichzeitig entlassen. Zu der Verhaftung der Geistlichen wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß sich die politische Polizei infolge der wachsenden Erregung in einzelnen Orten über die politische Betätigung der Geistlichen habe zu Gegenmaßnahmen entschließen müssen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um den Stadtpfarrer Fengelmaier aus Wehingen und Pfarrer Sturm aus Waldheim.

Besonders interessant ist an dieser Meldung, daß für die Verhaftung von zwei katholischen Priestern 20 „Marxisten“ freigelassen wurden.

In einer ausführlichen Erklärung heißt es, daß in einem Umfang, der allmählich besorgniserregend anwächst, unregelmäßige Angehörige des katholischen Klerus den unmißverständlichen Richtlinien wider besseres Wissen ihre eigene Auslegung ungenügend verstanden. Die zuständigen verantwortlichen staatlichen Behörden hätten im Einvernehmen mit den führenden kirchlichen Stellen dieser Entwicklung nunmehr seit Monaten aufmerksam abwartend gegen-

übergegangen. Nach sorgfältiger Prüfung der durch die wachsende Betriebssamkeit der Schuldigen allmählich unerträglich gewordenen Lage sei jedoch ein längeres Auswarten im Interesse des innerpolitischen und konfessionellen Friedens nicht mehr zu verantworten. Nach Erschöpfung aller Versuche, beruhigend auf die Öffentlichkeit und ermahnend und warnend auf die Schuldigen einzuwirken, schreie es nunmehr höchste Zeit, von Staats wegen einzuschreiten. Es könne keinesfalls länger geduldet werden, daß einige wenige verantwortungslose, fanatisierte und böartige Staatsfeinde das in sie gesetzte Vertrauen gegen den Willen ihrer kirchlichen Oberen und der staatlichen Führung weiter mißbrauchen. Es werden dann drei charakteristische Fälle angeführt. In einem von ihnen hatte ein Geistlicher auf den Abend, wo der Reichskanzler zum deutschen Volke sprach, eine Versammlung des katholischen Seelsorgervereins anberaumt und den im Versammlungstafel vorhandenen Vortragsredner ernach der Beendigung der Rede des Führers eingeschaltet. Im zweiten Falle war in einer württembergischen Kleinstadt anlässlich der Einrichtung der sechs Kommunisten in Köln die Festung und Verkündung einer H. L. Messe für die Hingerichteten vorgenommen worden. Im dritten Falle hatte ein Geistlicher von der Kanzel herab erklärt, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht von Gott, sondern vom Teufel geschaffen und somit eine Teufelsbewegung sei.

(Fortsetzung siehe 2. Seite)

Was ist das?

Ein Regiment im Manöver?



Rein: das sind hitleramtliche Bilder aus dem ersten Gemeinschaftstage für Referendare, „in dem die jungen Juristen künftig fern von allem Formel- und Wissenstram eine Erziehung zu volksgemeinschaftlichen Denken und wahrer nationalsozialistischer Gesinnung erhalten sollen“. Justizminister Kerrl nimmt die Parade seiner Untertanen ab.

In Jüterbog gibt es ein Referendarielager. Hier wird gedrillt, Wehrsport geübt, etwas mit Maschinengewehren und Handgranaten hantiert, für den Ernstfall . . . 300 bis 400 junge Juristen werden hier acht Wochen heroisch gekübelt.

Aber schon reicht das Lager nicht mehr aus. Es muß erweitert werden. Jetzt droht den juristischen Referendaren ein gewaltiger Zustrom von Studien- und Gewerbereferendaren. Die Räume — eine Kaserne, die von der Reichswehr bereitwillig zur Verfügung gestellt worden war — wurden zu klein.

Minister Kerrl hat es sich nicht nehmen lassen, den ersten Spatenstich zur Erweiterung seines Wertes selbst zu tun. Sämtliche Referendare, SA., SS., und Arbeitsdienstmänner waren den Klängen einer Reichswehrkapelle auf dem Baufeld aufmarschiert, als nach dem Bürgermeister von Jüterbog und dem Lagerführer, Oberstaatsanwalt Spielker, der von Offizieren und SA.-Führern umgebene Minister das Wort ergriff. Er hob eindringlich den Sinn dieses Lagers hervor und gab der Hoffnung und Zuversicht Ausdruck, daß ein neues Richtergeschlecht aus ihm hervorgehen möge.

Also die „Vossische Zeitung“. Aber dieses Blatt erzählt noch mehr. Das Referendarielager ist kein Arbeitslager. Es kann und soll nicht die große Idee der Volksgemeinschaft im Kleinen verwirklichen. Es ist ein Staudeslager. Man ist unter sich: unter Akademikern und — vorläufig — unter Juristen.

Das Examen läßt diese Leute auch hier nicht los. Am Schwarzen Brett hängt eine Liste der Prüfungstermine. Die „Klausuren“ werden im Lager geschrieben, kurz nach der Ankunft. Man bleibt rund acht Wochen hier. Auf die Ladung ins Lager haben die meisten sechs bis sieben Wochen gewartet. Das macht zusammen ein Vierteljahr zwischen Abgabe der schriftlichen Arbeit und dem Tag des Mündlichen.

Über das Lagerleben klagt keiner. Sagt die „Vossische Zeitung“. Wir möchten den sehen, der es wagt. Red. der D. F. J. Mit 28 anderen zusammen zu schlafen, ist nicht jedermanns Sache; aber man lernt es. Jeder hat — bei zwei Mark „voller Pension“ — ein richtiges Bett und ein verschleißbares Spind. Das Essen ist gut und quantitativ unbegrenzt; Eintopfparade. Der Dienst — bieder Sport, jezt auch Arbeit — ist anstrengend, aber, wie alle versichern, „so, daß man es aushält.“

Oft gibt es „Westanschaunung unterricht“. Meist ist von Konkretem die Rede: von Luftschutz, Rassefrage, römischem und deutschem Recht — manchmal auch von etwas anderem. Vortragende von auswärts werden dankbar begrüßt. Nach geistiger Nahrung ist doch immer noch Nachfrage.

Trotz alledem, trotz Sport, Musik, Skisport und Eintopf: nach geistiger Nahrung ist immer noch Nachfrage. Das tröftet uns.

Nazifahren dankend verboten

h. h. In dem dänischen Grenzort Bau brachten deutsche Nationalsozialisten bei der Beerdigung eines Pa. s ihre Falkenkreuzfahne mit in die Kirche. Der Bischof Amundsen nimmt den Standpunkt ein, daß ein derartiges Vorgehen unstatthaft sei. Er hat das Mitbringen solcher Fahnen verboten und die Angelegenheit dem Kirchenminister zur endgültigen Klärung unterbreitet.

Grundlos verhaftet

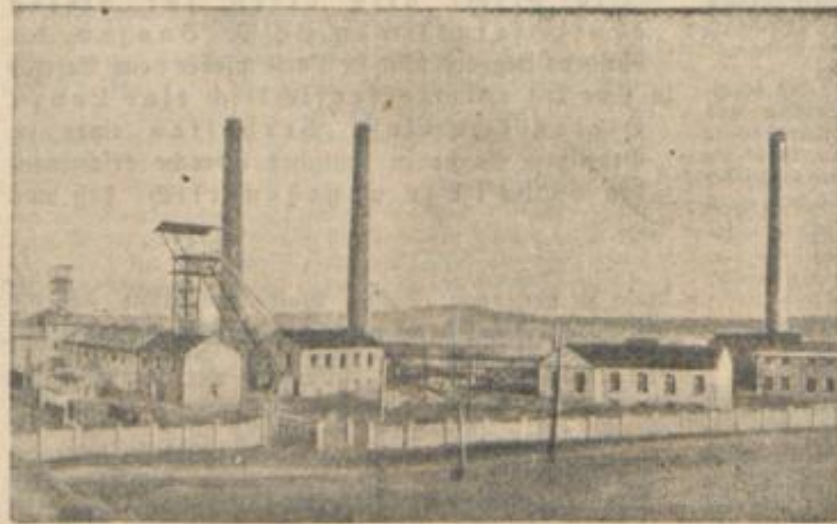
Köln, 3. Jan. Im Zusammenhang mit den Veruntreuungen bei der Kölner Universitätsklinik waren bekanntlich der Leiter des Instituts, Professor Dr. Jilkens, und Stadtschulzahnarzt Dr. Ernst verhaftet worden. Auf Grund des Haftprüfungsstermins wurden jetzt Professor Dr. Jilkens und Dr. Ernst wieder freigelassen, da Gründe, die eine Anrechterhaltung des Haftbefehls rechtfertigen konnten, nicht vorliegen.

Ein wahres Wort

Die „Nationalsozialistische Landpost“ (51) sagt: „Sinn, Weisheit und Aufgabe eines Erbhöfners sind über die Bauernschaft hinaus bisher wohl nur wenigen Deutschen klar geworden.“

120 Bergleute im Nelsonschacht verloren

Eine neue Explosion



Brüx, 3. Jan. Die Rettungsarbeiten auf den Nelsonschächten sind eingestellt worden. Die noch in der Grube befindlichen etwa 120 Bergleute sind alle als verloren zu betrachten.

Diese Maßnahmen der Grubenleitung deden sich mit dem Beschluß der amtlichen Untersuchungskommission. Beim Vordringen gegen die Arbeitsstelle im Nelsonschacht 3 sind die Rettungsmannschaften am Donnerstagabend auf zwei Brandherde gestoßen. Man versuchte vergeblich das Feuer mit Feuerlöschapparaten zu löschen. Offenbar brennt das ganze Kohlenflöz des Neviers. Das Feuer breitete sich so rasch aus, daß die Arbeiten schließlich eingestellt werden mußten. Wegen zu starker Vergasung der Strecke konnte nicht weitergearbeitet werden. Man hat sich daher entschlossen, den Mannschaftsschacht und den durch die Explosion zerstörten Förderer, die 50 Meter voneinander entfernt liegen, von der Sohle aus gegen die übrigen Teile der Grube abzusperren. Während der Nacht wurden die Sperrmannern aufgeführt. Es bleibt somit nichts anderes übrig, als die Grube ihrem Schicksal zu überlassen.

Heute früh gegen 5 Uhr erfolgte im Ostteil der Grube



Verlassenes Kirchenministerium

Ein Rückblick ohne Kommentar

Der jetzt von seinem Amt als Kirchenminister hervorgehobene Direktor Weber gehörte als Vertreter der Reformierten schon dem ersten Weislichen Ministerium an, das Reichsbischof Müller auf der Nationalkonferenz in Wittenberg am 27. September berufen hatte. In diesem Ministerium vertrat Hoffenfelder, damals Landesbischof von Brandenburg und Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen — beide Ämter legte er im Dezember nieder —, die Unitierten und der Landesbischof von Hamburg, Schöffel, die Lutherischen; Dr. Werner fungierte als rechtskundiges Mitglied. Am 13. November war dann jene bekannte Versammlung des Bundes Groß-Berlin der Glaubensbewegung Deutsche Christen, die lebhafteste Unruhe in die evangelische Kirche trug und auch auf die Zusammenlegung der Kirchenregierung nicht ohne Einfluß blieb. Am 25. November legte Landesbischof Schöffel sein Amt als Kirchenminister nieder. Am 29. November folgten die übrigen Mitglieder des Weislichen Ministeriums. Am 2. Dezember berief der Reichsbischof ein neues Ministerium, in dem Rektor Pauker die Lutherischen, Professor Vener die Unitierten und Direktor Weber wieder die Reformierten vertrat. Die Berufung des rechtskundigen Mitglieds, die im Einvernehmen mit der evangelischen Kirche der altpreußischen Union zu erfolgen hat wurde hinausgeschoben und ist bis heute nicht erfolgt. Das Weisliche Ministerium besteht zur Zeit also nur noch aus den beiden Mitgliedern Pauker und Vener.

Beschlagnahmt

Kontroll-exemplare in Hessen-Nassau

Weimar, 3. Jan. Für das Land Thüringen ist die im „Nationalen Verlag“ in Berlin-Rilmersdorf erschienene Broschüre „Gerechtigkeit! Zur Lösung der Judenfrage!“ von Dr. v. Doppeln-Bronikowski, ferner das im Verlag von Jakob Neuner in Leipzig erschienene Buch „Entlarvte Geschichte“ von Werner Hege-mann vollzweifelhaft beschlagnahmt und eingezogen worden.

Das Gaupressamt von Hessen-Nassau bittet die Herausgeber von Zeitschriften und Mitteilungsblättern jeglicher Art, von der ersten nach 5. Januar erscheinenden Ausgabe zwei Belegstücke an das Gaupressamt (Gauarchiv), Frankfurt a. M., Adolf Hitler-Haus, einzureichen.

Das Zeitungssterben

Die fünf zum Rangern der Mitteldentschen Verlags AG. gehörigen Blätter „Saale-Zeitung“ in Halle, „Merseburger Tageblatt“ in Merseburg, „Mitteldentsche Zeitung“ in Erfurt, „Weimarerische Zeitung“ in Weimar, „Eisenacher Zeitung“ in Eisenach erscheinen jetzt sämtlich unter dem gemeinsamen Titel „Mitteldentschland“ und tragen nur noch im Untertitel ihren früheren Namen.

Die Brandschiffer

Historisch beispiellos

London, 4. Jan. (Aupress.) Unter dem Titel „Die Nazis stecken den Reichstag in Brand“ schreibt in „Regnolds Illustrated News“ H. N. Brailsford einen großen Artikel, in dem er die wahren Brandstifter auf das bestmögliche aufklärt:

„Die Nazis selbst zündeten den Reichstag an und benutzten den schwachsinningen van der Lubbe, um die Schuld auf die kommunistische Partei zu werfen. Sie haben mit den abenteuerlichsten Beschuldigungen, die gegen eine politische Partei vorzubringen möglich sind, sich reinzuwaschen versucht. Sie hatten Misserfolge. Und jetzt, mehr als jemals, glaubt die Welt, daß sie selbst den Reichstag anzündeten, um für Verhaftung, Torturen und Morden an ihren Gegnern eine Entschuldigung zu finden. Einen gemeineren Akt kennt die Geschichte nicht.“

